

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
9. April 2021



Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali

Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaft
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechts-widrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens

Freitag 12. März 2020, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Jahrelange Blockade verstärkt COVID-19 Auswirkungen in Gaza

Lesen sie weiter auf der Rückseite >>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997, also vor mehr als 20 Jahren, vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern an jedem 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr für einen gerechten Frieden in Israel/ Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.



Bild: Getty Images, AFP, Al Shaer



Bild: Ashraf Amra/APA Images via ZUMA Wire/dpa



Wie COVID-19 die Auswirkungen der jahrelangen Blockade verstärkt

Lange sprach man vom Gazastreifen als sicherstem Ort vor dem Coronavirus. Eine voreilige Einschätzung: Im November stieg die Zahl der Ansteckungen auf fast 15'000 Fälle. Das labile Gesundheitssystem droht zu kollabieren. Ein strukturelles Problem, das wesentlich auf die seit über 14 Jahren andauernde israelische Blockade zurück zu führen ist.

Wie die Wirtschaft hat auch das Gesundheitssystem des Gazastreifens erheblich unter der Blockade gelitten. Die eingeschränkte Mobilität, die prekären Bedingungen und fehlenden beruflichen Perspektiven haben zu einer massiven Abwanderung von gut qualifiziertem medizinischem Fachpersonal geführt. Für Ärztinnen und Ärzte im Gazastreifen fehlt es an Gelegenheiten zur Spezialisierung sowie am Austausch über die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Neben dem Personal sind auch überlebenswichtiges Material und Medikamente knapp. Deren Einfuhr wird durch die israelische Regierung gehemmt.

Die Narben der verschiedenen Kriege und militärischen Interventionen verstärken die Verletzlichkeit der sonst ausgesprochen widerstandsfähigen Bevölkerung. Seit 2018, bis vor Ausbruch der Pandemie, demonstrierten wöchentlich Tausende an den Freitagsdemonstrationen am Grenzzaun zu Israel - als Protest gegen die Blockade. Die israelische Regierung feuerte gezielt auf Demonstrierende. So wurden die Spitäler mit Verletzten überfüllt, die akut oder langfristig versorgt werden müssen. Die medizinische Infrastruktur trägt die Spuren der wiederkehrenden Feindseligkeiten: während der israelischen Offensiven wurden gezielt auch Spitäler angegriffen und zerstört. Deren Wiederaufbau wird nicht zuletzt wegen der strikten Zufuhrbestimmungen und des Importverbots von wichtigem Baumaterial verhindert. Hinzu kommt ein Mangel an Investitionen. Der de-facto Regierung stehen u.a. auch wegen der politischen Spaltung zwischen Hamas und der Palästinensischen Autonomiebehörde keine Gelder zur Verfügung. Das Gesundheitssystem wird weitgehend von externen Geldgebern und über die UNWRA finanziert. Und auch die UNWRA ist seit 2018 von erheblichen Mittelkürzungen getroffen.

Es ist evident: die Pandemie trifft auf ein marodes, stark überlastetes Gesundheitssystem mit eingeschränkten Kapazitäten. Gerade mal 70 Intensivbetten stehen der Bevölkerung von 2 Mio. zur Verfügung. Trotz der anfänglichen Hoffnung auf Zusammenarbeit zwischen der israelischen und der de-facto Regierung Hamas, wurden die Verhandlungen aus einer ungleichen Machtposition geführt. Die israelische Regierung erlaubte erst nach grossem internationalem Druck die Einfuhr eines Teils der humanitären Güter. Im August wurden Beatmungsgeräte zurückgehalten und an die Überführung von israelischen Soldaten geknüpft. Israel bestimmt weiterhin, wem sie ein Visum zur Behandlung in Spitälern im nahen Ausland erlaubt. Das Importverbot auf Treibstoff, das als Kollektivstrafe bereits ein systematisches Druckmittel auf Seiten der israelischen Regierung ist, hat zur vorübergehenden Schliessung des einzigen Kraftwerks in Gaza geführt. Und damit zu Stromausfällen in Krankenhäusern – Gesundheitsnotstand hin oder her.

COVID-19 ist im Gazastreifen zu einem weiteren politischen Instrument geworden. Die Folgen müssen die Menschen in Gaza tragen. Sie leben in einer doppelten Quarantäne. Die erste ist auf COVID-19 zurückzuführen. Die andere ergibt sich aus der täglichen Realität der israelischen Besatzungspolitik.

Gerade in humanitären Krisen muss der Einhaltung der Menschenrechte besonders Beachtung geschenkt werden. Wir fordern den Bundesrat daher auf, den Druck auf die israelische Regierung – die Blockade endlich zu beenden – zu erhöhen.

Quellen:

International Crisis Group: Gaza's New Coronavirus Fears

Haaretz: <https://www.haaretz.com/middle-east-news/palestinians/premium-palestinians-are-concerned-as-west-bank-and-gaza-reach-COVID-19-records-1.9316719>

Al Jazeera: <https://www.aljazeera.com/news/2020/11/23/gaza-declares-COVID-19-disaster-with-health-system-near-collapse>

WHO Coronavirus disease (COVID-19) Situation Report 53, issued November 26 2020

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejuso.ch/oeme